



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Medienkonferenz
Bern, 8. August 2018

Die Attacke auf die FLAM bedroht die Rechte aller Arbeitnehmenden

Redetext Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Zu wenige Kontrollen, zu viel Lohndumping, Diskriminierung prekärer Arbeitnehmerkategorien und insgesamt zu schwache Arbeitnehmerrechte - das sind die Probleme des Schweizer Arbeitsmarktes. Die Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit müssen deshalb dringend verstärkt werden. Die unverantwortlichen Angriffe der FDP-Bundesräte auf den Arbeitnehmerschutz führen in ein Desaster.

Ohne gültige Mindestlöhne, Maximalarbeitszeiten und weitere wirksame Rechte für alle Lohnabhängigen, ohne kollektiven Arbeitnehmerschutz und Kontrollen, sitzen die Unternehmen am Arbeitsmarkt immer am längeren Hebel. Kontingente und andere diskriminierende Formen der Arbeitsmarktregulierung waren noch nie ein Ersatz für wirksame Arbeitnehmerrechte. Das zeigt die Erfahrung des bis in die neunziger Jahre gültigen Saisonierstatuts. Es führte nicht nur zur Überausbeutung von prekären Arbeitnehmerkategorien, zu massenhafter Schwarzarbeit und zu unmenschlichen Lebensbedingungen für die direkt Betroffenen, sondern auch zu einem starken Lohndruck auf «Normalarbeitsverhältnisse».

Attacke auf Arbeitnehmerrechte

Mit der Einführung der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU, haben die Gewerkschaften zusätzliche Rechte für alle Arbeitnehmenden erkämpft, welche die schlimmsten Auswüchse der Ausbeutung in unserem Land bändigen helfen. Die Personenfreizügigkeit hat wenigstens einen Teil der Diskriminierungen abgeschafft, welche die Überausbeutung von Arbeitskräften und damit den starken Druck auf Löhne sowie Arbeitsbedingungen insgesamt möglich gemacht haben. Und die flankierenden Massnahmen zur Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping stärken das Kontroll- und Abwehrdispositiv der Behörden, der paritätischen Einrichtungen der Sozialpartner und der Gewerkschaften. Sie stärken die Rechte aller Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt.

Es überrascht nicht wirklich, dass das nicht allen gefällt. Abzocker, neoliberale Hardliner, Dumping-Unternehmer und Gewerkschaftshasser von Schlage einer Martullo-Blocher speien Gift und Galle gegen das Regelwerk der flankierenden Massnahmen. Sie hätten lieber völlig freie Hand, wenn es darum geht, unsere Arbeitskraft möglichst billig auszubeuten. Allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge, Mindestlöhne und dann auch noch Kontrollen, mit denen die Einhaltung dieser Arbeitnehmerrechte in der Praxis überprüft werden – das stört ihre Jagd nach Extra-Profiten.

Verrat an den Arbeitnehmenden

Bis jetzt war der Landesregierung bewusst, dass sie diesen Attacken auf die Arbeitnehmerrechte nicht nachgeben darf – gleich ob sie von Sozialabbauern aus dem Inland oder von neoliberalen Bürokraten in Brüssel ausgehen. Der Bundesrat hatte die Lehren aus dem Debakel 1992 gezogen: Er kann die Arbeitnehmenden nicht einfach auf dem Altar des «freien Marktes» opfern, wenn er den bilateralen Weg mit der EU weitergehen will. Es braucht stärkere Arbeitnehmerrechte, sonst siegt die Angst. Wenn man den Menschen ihre Rechte wegnimmt, glauben sie nicht mehr daran, dass die Regeln und Rechte sie schützen. Dann folgen die Menschen den rechten Demagogen und ihren falschen Rettungsversprechen des Fremdenhasses und der Diskriminierung.

Mit seinem Beschluss zu roten Verhandlungslinien zum institutionellen Rahmenabkommen kurz vor den Sommerferien hat der Bundesrat diese Haltung ein weiteres Mal bekräftigt. Ein Abbau des Arbeitnehmerschutzes ist nicht verhandelbar! Aber offenbar sind solche Beschlüsse nicht mehr das Papier wert, auf dem sie stehen: Die FDP-Bundesräte Schneider-Ammann und Cassis übertreten eben diese «roten Linien», wie es ihnen passt. Es begann mit öffentlichen Provokationen und halben Dementis und setzt sich jetzt fort in «Geheimverhandlungen» unter der Ägide des Wirtschaftsministers.

Was Schneider-Ammanns Beamte hierbei auf den Tisch legen, ist eine Frechheit. Es geht ihnen beileibe nicht nur um ein paar technische Anpassungen und «intelligente Lösungen» für Detailfragen. Es geht ums Ganze: Zur Disposition stehen neben der Acht-Tage-Regelung auch die Zahl und Qualität der in der Schweiz durchgeführten Kontrollen, die Kauttionen und die Sanktionen gegen Lohndumper und unser bewährtes System der allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge. Es geht um einen Generalangriff auf essentielle Arbeitnehmerrechte im Namen des «Marktes». Der Grundsatz «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz» soll geopfert werden.

Der Arbeitnehmerschutz ist nicht verhandelbar

Was die Herren FDP-Bundesräte hier betreiben ist ein Verrat an den Arbeitnehmenden! Respekt vor den Arbeitnehmerrechten? Lohnschutz? Fehlanzeige! Ihnen bedeutet offenbar die Freiheit der Unternehmen, immer höhere Profite zu erzielen, mehr als das Recht der Arbeitnehmenden auf Arbeit, existenzsichernde Löhne und würdige Arbeitsbedingungen. Da machen wir nicht mit. Rahmenabkommen hin oder her: Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, die Rechte der Arbeitnehmenden, deren Löhne und Arbeitsbedingungen zu schützen.

Die FDP-Bundesräte setzen ein Mindestmass an sozialer Gerechtigkeit auf dem Schweizer Arbeitsmarkt und damit den sozialen Frieden aufs Spiel. Sie verkennen, worin das eigentliche Problem besteht: Nicht etwa in der Personenfreizügigkeit mit der EU, sondern vielmehr darin, dass es nach wie vor zu viele diskriminierte Arbeitnehmende – Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Praktikanten, Sans-Papiers – und zu wenige wirklich wirksame Arbeitnehmerrechte und Kontrollen gibt. Das bestätigen auch die jüngsten Seco-Berichte: So nahm die Zuwanderung aus dem EU28/EFTA-Raum gegenüber dem Vorjahr um 11% ab, gegenüber 2013 sogar um über 50%. Hingegen lag der Medianlohn von Personen mit L-Bewilligung 2016 immer noch um 19% unter dem Wert für alle Arbeitnehmenden (Observatoriumsbericht). Und die Unterbietungen der ortsüblichen Löhne bei Schweizer Arbeitgebern in Branchen ohne allgemeinverbindlichen GAV haben 2016-17 auf 12% der kontrollierten Unternehmen zugenommen (FLAM-Bericht 2017).

Für uns Gewerkschaften macht dies klar: Die Schweiz muss noch bestehende Diskriminierungen abbauen und die flankierenden Massnahmen stärken. Wir müssen nicht die Grenzen schützen, sondern die Löhne und Arbeitsbedingungen – alles andere führt ins Desaster.